



Anfrage Meile Katharina und Mit. über die Risiken für den Kanton Luzern durch Investitionen in fossile Energien «Carbon Bubble»

eröffnet am 30. Januar 2017

Dem Verschleiss von fossilen Energieträgern muss ein Ende gesetzt werden. Damit das möglich wird, muss die Energiewende von ganz oben, also von den öffentlichen Institutionen, durchdacht, geplant und organisiert werden. Da sie dies aber noch nicht tun, ist es an den politischen Verantwortlichen, entsprechend Druck auszuüben und sie zu motivieren, es besser zu tun. Insbesondere muss dringendst die Produktion aus fossiler Energie gestoppt werden. Die öffentlichen Institutionen bekunden in diesem Bereich Mühe, ihr Handeln ist zögerlich, unwirksam und beschränkt sich auf die CO₂-Emissionen.

Kümmert man sich nur um die Emissionen, geht es um den Versuch, Millionen von Menschen davon überzeugen zu wollen, auf die reichlich vorhandene und billige Energie zu verzichten. Geht man hingegen die Produktion an, legt man eine Schlinge um die erdrückende Verantwortung einiger Industriekonzerne. Damit rückt man ab von den persönlichen Emissionsbilanzen, die mit dem klimatischen Gleichgewicht unvereinbar sind, und richtet den Blick auf das Energiesystem. Das Individuum und sein Verkehrs-, Wohn-, Ernährungs- und Konsumverhalten wird so mit der Gruppe verbunden, um gemeinsam eine echte Energiewende zu schaffen.

Angesichts eines derart globalen Problems wie des Klimawandels gibt es nur sehr wenige Unternehmen, die seit der Mitte des 18. Jahrhunderts im Bereich der kohlenstoffintensiven Produktion tätig sind. Von den 90 Unternehmen, die Richard Heed (unabhängiger Energieberater und Forscher) untersucht hat, sind 50 in privater und 40 in öffentlicher Hand. Sie sind für 21,6 beziehungsweise 43,2 Prozent aller verursachten CO₂- und Methan(CH₄)-Emissionen verantwortlich. Allein 20 dieser Unternehmen sind für 29,34 Prozent aller CO₂- und Methan-Emissionen verantwortlich. Die Produzenten fossiler Energien sabotieren nicht nur die Verhandlungen zur Festlegung ehrgeiziger politischer Ziele bei der Emissionsreduktion, sie leiten auch Desinformationskampagnen und veröffentlichen sogenannte wissenschaftliche Studien, deren alleiniges Ziel darin besteht, die Menschen zu verunsichern. Indem sie diese Verunsicherung pflegen, um Taten zu verhindern, verzögern sie unaufhörlich ein seriöses Anpacken des Klimawandels, obwohl hier ein dringlichster Handlungsbedarf besteht.

Solange ihr wirtschaftlicher und politischer Einfluss derart übermächtig ist, sorgen diese Unternehmen und die Staaten, die sie unterstützen, weiterhin dafür, dass die Temperaturen um 4 °C oder 5 °C steigen, was unweigerlich in einer Katastrophe enden wird.

Die internationale Kampagne zur Desinvestition aus fossilen Energieträgern hat zum Ziel, die Institutionen, die das kollektive Vermögen verwalten – also Banken, Pensionskassen, Gebäudeversicherungen, Unternehmen mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung –, dazu zu bringen, ihre Gelder aus Firmen, die ihr Geschäft mit fossilen Brennstoffen machen, abzuziehen. Sie ist eine unentbehrliche Hilfe im weltweiten Kampf gegen den exzessiven Abbau von Kohlenwasserstoffen. Desinvestitionen müssen unbedingt unterstützt werden, denn sie sind das Signal, dass das Zeitalter, in dem man verbrennen konnte, was und wann man wollte, zu Ende geht.

Zu diesem Thema haben wir folgende Fragen:

1. Sind Finanzanlagen bekannt, die den Kanton Luzern tangieren (Pensionskassen, Banken, Versicherungen usw.), die Exposures wie Kreditfazilitäten und Aktieninvestments zu fossilen Unternehmen beinhalten?

2. Wie gross sind diese Exposures (Kredite/Aktien)?
3. Sind dafür Rückstellungen geplant, um das CO₂-Risiko zu kompensieren?
4. Ist der Kanton Luzern bereit, zum Beispiel im Rahmen der Eignerstrategie, aber auch im Rahmen einer CO₂-Politik auf solche Engagements zu verzichten?

Meile Katharina

Frey Monique

Celik Ali R.

Stutz Hans

Töngi Michael

Reusser Christina